

Inhalt

I. Neue Rechtsprechung zum Vorliegen eines Dienstunfalls bei Mobbing und Depressionen (Markus Pferinger)	1
1. Dienstunfall im engeren Sinne	1
2. Dienstunfall bei Berufskrankheit gem. § 31 Abs. 3 Beamtenversorgungsgesetz	3
3. Zusammenfassung	4
II. Neues auf Rehmnetz	4
III. Beamten-Blog	4

Markus Pferinger

Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter für Öffentliches Recht
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft, Ansbach

1. Neue Rechtsprechung zum Vorliegen eines Dienstunfalls bei Mobbing und Depressionen

Der Beitrag befasst sich mit der neuesten Rechtsprechung zu dem Thema, ob bei Depressionen und Mobbing in der Arbeit die Voraussetzungen eines Dienstunfalls im Sinne des § 31 Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) erfüllt sind. Hierbei wird insbesondere auf die jüngsten Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zum Thema Dienstunfall durch Mobbing vom 4.5.2011 und 15.2.2011 (Az: 3 ZB 09.2463 und 14 ZB 10.1266) sowie auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Bremen vom 5.5.2011 zur Kausalität des Dienstunfalls (Az: 2 K 4075/08) eingegangen.

1. Dienstunfall im engeren Sinne

§ 31 Abs. 1 Satz 1 BeamtVG definiert den Dienstunfall als „ein auf äußerer Einwirkung beruhendes, plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmtes, einen Körperschaden verursachendes Ereignis, das in Ausübung oder infolge des Dienstes eingetreten ist“. Ein Ereignis ist hierbei jedes objektiv wahrnehmbare Geschehen, das eine Veränderung des bisherigen Zustandes bewirkt.

Äußere Einwirkung

Voraussetzung für den Dienstunfall im engeren Sinne ist das Begriffsmerkmal „äußere Einwirkung“. Dies dient dazu, Vorgänge der Außenwelt von krankhaften Abläufen im Inneren des menschlichen Körpers abzugrenzen.

Eine äußere Einwirkung liegt nur dann nicht vor, wenn der Körperschaden durch Umstände hervorgerufen wird, für die (allein) eine besondere psychische oder physische Veranlagung oder das willentliche (vorsätzliche) Verhalten des Betroffenen erhebliche Ursache ist. Depressionen, die allein auf einer inneren Veranlagung beruhen und keine Ursache aufgrund einer äußeren Einwirkung haben, sind daher aus diesem Grund schon nicht als Dienstunfall im Sinne des § 31 Abs. 1 Satz 1 BeamtVG zu definieren.

Plötzliches Ereignis

Weitere Voraussetzung für das Vorliegen eines Dienstunfalls im engeren Sinne ist ein plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmtes Ereignis. Hierdurch unterscheidet sich der Dienstunfall von

schädlichen Dauereinflüssen, die, falls sie nicht unter § 31 Abs. 3 BeamtVG zu subsumieren sind, selbst dann nicht zur Gewährung von Unfallfürsorge führen, wenn sie der dienstlichen Sphäre entstammen.

Ein „plötzliches“ Ereignis ist nicht gleichbedeutend mit „unvorhersehbar“. Gefordert wird vielmehr, dass der schädigende Vorgang unvermittelt eintritt und auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum beschränkt bleibt.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat sich in seinem Urteil vom 19.10.2010 (Az: 12 K 3063/09) mit der Subsumierung des Begriffs Mobbing unter die Voraussetzung des „plötzlichen Ereignisses“ im Sinne des § 31 BeamtVG beschäftigt. Die Klägerin begehrte hier die Anerkennung eines Dienstunfalls sowie die Gewährung von Unfallruhegehalt wegen einer rezidivierenden, depressiven Störung, einer Agoraphobie und Panikstörung sowie einer zwanghaften Persönlichkeitsstörung infolge einer langjährigen Mobbing-Situation als Leiterin des offenen Vollzuges.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen lehnte hier die Anerkennung eines Dienstunfalls ab, da es bereits an dem plötzlichen Ereignis im Sinne des § 31 BeamtVG mangelt. Nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen kommt es bei der Bestimmung des Begriffs „plötzlich“ ausschließlich darauf an, dass der schädigende Vorgang unvermittelt eintritt und auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum beschränkt bleibt.

Produkt Tipp

Kathke/Speckbacher
Beamtenrecht
Checklisten, Muster



Loseblattwerk im Ordner
€ 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 449,95 ohne Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-5870-9

[\[mehr Info\]](#)

Das Werk bietet fundierte Einblicke ins Beamtenrecht und ist Ratgeber für rechtliche Maßnahmen. Durch Checklisten können Sie die Voraussetzungen einer Entscheidung prüfen – ohne einen Schritt zu vergessen. Zahlreiche Muster helfen bei der Umsetzung.

Beim sogenannten „Mobbing“ handelt es sich um eine Mehrzahl kleinerer Ereignisse, die nur zusammengekommen schädigend wirken. Jedes einzelne Ereignis für sich würde indes keine schädigende Auswirkung entfalten. Dies gilt nach Ansicht des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen auch dann, wenn vom Betroffenen nicht pauschal eine Mobbing-Situation, sondern besonders hervorgehobene Handlungsakte als Anknüpfungspunkt herangezogen werden.

Dieser Auffassung hat sich auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof München mit seinen Entscheidungen vom 15.2.2011 und 4.5.2011 angeschlossen.

Bei dem Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof München vom 4.5.2011 (Az: 3 ZB 09.2463) begehrte der Kläger ebenfalls die Anerkennung eines Dienstunfalls aufgrund eines Nervenzusammenbruchs/einer Depression infolge innerdienstlicher Konflikte am Arbeitsplatz mit Mobbingcharakter. Als Ursache für seine Erkrankung führte der Kläger hier zwei Ereignisse während des Klageverfahrens auf, die ihn am stärksten getroffen hätten. So sollte der Kläger, nach eigenen Angaben, aus statistischen Gründen zwei jugendlichen Straftätern ca. 30 bis 40 bislang nicht geordnete Straftaten (Graffiti-sachbeschädigung) unterjubeln sowie das Verschwinden einer Ermittlungsakte vertuschen.

Obwohl die Erkrankung hier auf zwei bestimmte Ereignisse zurückzuführen war, sah der Verwaltungsgerichtshof München die Voraussetzungen des plötzlichen Ereignisses als nicht erfüllt an.

In jüngerer Rechtsprechung ist lediglich das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Urteil vom 2.11.2010 (Az: 23 K 5235/07) hiervon abgewichen. Auch hier begehrte ein Beamter im Polizeidienst Unfallruhegehalt aufgrund einer psychiatrischen Erkrankung, Zwangsstörung und Zwangsvorstellungen, welche aufgrund einer E-Mail seines unmittelbar Vorgesetzten verursacht worden sind.

In dieser E-Mail habe sich in der Anlage eine Power-Point-Präsentation befunden mit Darstellung einer unbedeckten Frau an einem Sportwagen, welche in der Abbildung des Unterleibs einer weiblichen Person mit eitrigen, blutigen Wunden etc. gegipfelt haben.

Das Bild des weiblichen Geschlechtsteils mit umfangreichen Hautekzemen, vermutlich einer fortgeschrittenen Geschlechtskrankheit, habe den Kläger

über den gesamten Rest des Tages und auch in der Folgezeit verfolgt. Der Kläger ist hierdurch nachhaltig traumatisiert worden und habe Zwangsvorstellungen entwickelt.

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat das Öffnen der streitgegenständlichen E-Mail als ein auf äußere Einwirkung beruhendes, plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmtes Ereignis, das in Ausübung des Dienstes eingetreten ist, angesehen.

Diese Entscheidung stellt aber lediglich einen Einzelfall dar, in dem die Voraussetzung eines Dienstunfalls angenommen wird.

Körperschaden

Weitere Voraussetzung für einen Dienstunfall ist ein Körperschaden. Hierzu zählen insbesondere äußere und innere Verletzungen (z. B. Knochenbruch, Muskel- oder Sehnenriss, Wunde, Verlust eines Gliedes oder eines sonstigen Körperteils), organische Beeinträchtigungen mit Krankheitswert (z. B. Herzinfarkt, Gehirnerschütterung, Schlaganfall), psychische Störungen (z. B. seelischer Schock) nicht aber eine bloße vorübergehende negative Beeinflussung des seelischen Wohlbefindens sowie nicht unerhebliche Entstellungen (z. B. Verlust eines Teils der Haare).

Die Erkrankung an Depressionen kann damit als psychische Störung grundsätzlich einen Körperschaden im Sinne des § 31 BeamtVG darstellen.

Besondere Veranlagung

Abzugrenzen ist, ob der Körperschaden auf eine äußere Einwirkung oder eine besondere Veranlagung des Beamten zurückzuführen ist. Hier muss im Einzelfall abgewogen werden, welche der beiden Ursachen die wesentliche ist. Gerade bei Depressionen und Zwangsvorstellungen ist eine solche Abgrenzung nur schwer zu führen. In der Regel kann ein Körperschaden aufgrund besonderer Veranlagung nur durch eine entsprechende Feststellung in einem ärztlichen Sachverständigengutachten ermittelt werden.

Zudem muss ein nachvollziehbarer Zusammenhang zwischen der äußeren Einwirkung und dem späteren Körperschaden bestehen. Behandelt wurde diese Problematik zuletzt durch das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen mit Beschluss vom 10.8.2011 (Az: 1 A 1455/09). Hier beantragte die Klägerin die Anerkennung eines

Dienstunfalls aufgrund eines Hörsturzes, dessen Ursache ein Personal- bzw. Präventionsgespräch mit dem Vorgesetzten bzw. mit Kollegen der Klägerin gewesen sein soll.

Das Oberverwaltungsgericht kam hier zu dem Schluss, dass es sich bei dem Gespräch lediglich um ein sachliches, informelles Personalgespräch gehandelt habe und nicht nachvollziehbar sei, dass die rein formale Einordnung einer solchen Unterredung irgendwelchen Einfluss auf den Gesundheitszustand der Klägerin hätte haben können. Das Gespräch könne daher nicht Ursache im Rechtssinne für die Erkrankung der Klägerin sein. Der Körperschaden könne nicht auf das äußere Ereignis zurückgeführt werden, wenn ein anlagebedingtes Leiden so leicht auslösbar gewesen sei, dass auch ein anderes alltäglich Vorkommnis oder ähnliches Ereignis denselben Erfolg ausgelöst hätte. Nach Ansicht des Gerichts könne daher das Personalgespräch nicht als wesentliche Ursache für den Hörsturz angenommen werden. Ein Dienstunfall wurde damit abgelehnt.

2. Dienstunfall bei Berufskrankheit gemäß § 31 Abs. 3 Beamtenversorgungsgesetz

Gemäß § 31 Abs. 3 BeamtVG stehen dem „plötzlichen, örtlich und zeitlich bestimmtes Ereignis“ solche spezifisch dienstbezogenen Erkrankungen gleich, die in Anlage 1 zur Berufskrankheitenverordnung aufgeführt sind. Diese Anlage stellt nach höchstrichterlicher Rechtsprechung eine abschließende Aufzählung der Krankheiten dar, bei denen ein Dienstunfall angenommen wird, ohne dass der Ursachenzusammenhang zwischen der beruflichen Tätigkeit und der Krankheit im Einzelfall konkret belegt werden muss.

Nach jüngster Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Bremen vom 5.5.2011 (Az: 2 K 4075/8) gehört die depressive Erkrankung nicht zu den

Infotipp – Dienstunfall

Lesen Sie auf Rehmnetz mehr zum Thema:

Download:

[Flyer von ver.di zur Dienstunfallfürsorge](#)

Blog-Beitrag:

[„Zeckenbiss und Wespenstich als Dienstunfall?“](#)

in Anlage 1 zur Berufskrankheitenverordnung genannten Krankheiten. Ein Dienstunfall bei Vorliegen von Depressionen kann daher auch nicht über § 31 Abs. 3 BeamtVG konstruiert werden.

3. Zusammenfassung

Die jüngsten Entscheidungen zum Dienstunfall bei Depressionen und Mobbing zeigen deutlich, dass die Voraussetzungen des Dienstunfalls hier in der Regel nicht vorliegen oder nur in ganz seltenen Ausnahmefällen erfüllt sind.

In der Regel scheitert § 31 BeamtVG bereits an dem „plötzlichen Ereignis“, da gerade bei Depressionen durch Mobbing üblicherweise eine Mehrzahl kleinerer Ereignisse vorliegt, die die Krankheit auslösen. Auch ist in der Regel die Abgrenzung der Ursache der Erkrankung aufgrund der äußeren Einwirkung bzw. einer besonderen Veranlagung nur schwierig zu führen.

Die Rechtsprechung tendiert daher dazu, bei Depressionen und Mobbing einen Dienstunfall nicht anzuerkennen.

*Markus Pferinger
Rechtsanwalt*

II. Neues auf Rehmnetz

- **Highlight:**
[Das neue Dienstrecht in Bayern](#)
- **Download:**
[Muster für Dienst-/Betriebsvereinbarung zum BEM](#)
- **Gesetzgebung:**
[„Trennung der Systeme“ in Niedersachsens Beamtenversorgung](#)
- **Rechtsprechung:**
[BVerwG verdoppelt Anspruch auf Freizeitausgleich für Feuerwehrleute](#)

III. Beamten-Blog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf Rehmnetz zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht.

Die neuesten Beiträge:

- [Polizisten und Strafrichter als Bus- und Taxifahrer?](#)
- [„Lehrerausbildung zum Schämen“](#)
- [Seltsame Abkürzungen als Werkzeuge für Beamte](#)

Produktipp

Schütz †/Maiwald/Brockhaus

Beamtenrecht des Bundes und der Länder



Kommentar

Loseblattwerk in 6 Ordnern
€ 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 449,95 ohne Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-5870-9

[\[mehr Info\]](#)

Dieser umfassende Experten-Kommentar zu den Reformen im Beamtenrecht behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen. Aufgrund seines Aufbaus ist er jedoch auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.



Gesamtausgabe

Loseblattwerk in 15 Ordnern
€ 269,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 629,95 ohne Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-5470-1

[\[mehr Info\]](#)

Alle drei Bausteine in einer Ausgabe: Beamtenrecht, Beamtenversorgungsrecht und Entscheidungssammlung. Auch Fragen des Besoldungs- und Bundespersonalvertretungsrechts werden geklärt und die Kommentierungen durch beamtenrechtliche Vorschriften aus dem Europa-, Bundes- und Landesrecht ergänzt.

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. _____
 Weiß, Niedermaier †, Sommer u.a.
Beamtenrecht in Bayern
 Mit beamtenrechtlichen Nebengesetzen und
 Vollzugsvorschriften.
 Praktiker-Kommentar
 Loseblattwerk in 6 Ordnern
 ISBN 978-3-8073-0005-4
 € 219,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 v. Roetteken, Rothländer (Hrsg.),
 Burkholz u.a.
Beamtenstatusgesetz
 Kommentar
 Loseblattwerk in 2 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-0953-4
 € 149,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Baßlsperger (Hrsg.)
Einführung in das neue Beamtenrecht
 Mit den Neuregelungen durch das
 Beamtenstatusgesetz sicher umgehen
 Softcover
 ISBN 978-3-8073-0125-9
 € 39,90



Expl. _____
Internetausgabe
 Mit zusätzlichen Vertiefungen, Arbeitshilfen
 und aktualisiertem Text.
 ISBN 978-3-8073-0128-0
 Halbjahrespreis für 3 Zugriffe: € 24,50

Expl. _____
 Schütz †, Maiwald, Brockhaus u.a.
**Beamtenrecht des Bundes und der
 Länder - Kommentar**
 Loseblattwerk in 6 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-5870-9
 € 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



**Picken Sie sich
 das Beste heraus!**

Wichtige Informationen
 zum Themenkomplex
 Beamtenrecht finden Sie auf
 unserer Homepage!

[mehr Info]

Weitere Bestellmöglichkeiten

Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333

Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20

Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de

Per Internet:
www.rehmnetz.de

Per Post:
Verlagsgruppe
Hühlig Jehle Rehm GmbH
81677 München

Weitere Arbeitshilfen



Expl. _____
 Schütz †, Maiwald, Brockhaus u.a.
**Beamtenrecht des Bundes und
 der Länder - Gesamtausgabe**
 dargestellt anhand des BeamtStG,
 des LBG NRW und des BeamtVG,
 einschließlich Vorschriften- und
 Entscheidungssammlung
 Loseblattwerk in 15 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-5470-1
 € 269,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Kathke, Pfeffer, Speckbacher
Beamtenrecht
 Checklisten, Muster
 Loseblattwerk im Ordner
 ISBN 978-3-7685-8360-2
 € 119,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Hier können Sie unser komplettes Titelangbot
 zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 515178

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum

Unterschrift

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

***Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen.
 Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm GmbH,
 Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im
 Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt
 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich
 von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne
 weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versie-
 geltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an
 die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

**Aktualisierungsservice für Loseblattwerke
 und Software.**

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres
 Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechts-
 änderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine
 Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist
 jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt
 auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur voll-
 ständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an
 den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die
 Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen
 vorbehalten.

Stand Oktober 2011

rehmn